

Mühsamer Start

Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda auf dem Prüfstand

von Wolfgang Obenland

Die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und ihrer Ziele, der Sustainable Development Goals (SDGs), erfordert massive finanzielle und politische Anstrengungen. Nur wenn die Regierungen die notwendigen Mittel zur Umsetzung bereitstellen, werden sie die vereinbarten Nachhaltigkeitsziele erreichen. Die 2030-Agenda enthält aus diesem Grund sowohl ein eigenes Ziel (SDG 17) und diverse Zielvorgaben als auch ein spezielles Kapitel zum Thema Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft. Zusätzlich wurde bei der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli 2015 ein Katalog von Maßnahmen und Handlungsvorschlägen zur Umsetzung der 2030-Agenda verabschiedet.

Die Realisierung der in der 2030-Agenda enthaltenen *means of implementation* sowie der Beschlüsse der Kon-

ferenz von Addis Abeba wurde in den Vereinten Nationen bereits im Frühjahr und Sommer 2016 einer ersten Überprüfung unterzogen. Dies geschah im April beim Forum zur Entwicklungsfinanzierung, im Juni im Rahmen des neuen Technology Facilitation Mechanism, sowie im Juli beim Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung (HLPF).

Der Start war mühsam. Weniger als ein Jahr nach den Beschlüssen von Addis Abeba und New York war allerdings auch nicht zu erwarten, dass schon über tatsächliche Fortschritte berichtet werden würde. Vielmehr wurde zunächst eine Art Inventur der bereits existierenden Umsetzungsmittel vorgenommen und es ging um die Ausgestaltung zukünftiger Berichtsrunden sowie die Einbeziehung verschiedener Akteursgruppen.

Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda

Dass die Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung und ihrer Ziele (Sustainable Development Goals, SDGs) große politische wie finanzielle Anstrengungen erfordern würde, war den an den Verhandlungen beteiligten Akteuren schon vor ihrer Verabschiedung klar. Zum Ausdruck kommt diese Erkenntnis unter anderem darin, dass der SDG-Katalog sowohl Zielvorgaben zur Umsetzung der einzelnen Ziele enthält, als auch mit SDG 17 ein eigenständiges Ziel, das sich ausschließlich mit den *means of implementation*, den Umsetzungsmitteln, befasst. SDG 17 umfasst in fünf Abschnitten Zielvorgaben für die Bereiche Finanzierung, Technologie, Kapazitätsaufbau, Handel und die sog. systemische Fragen.

Zusätzlich hatten die Regierungen bereits im Juli 2015 im Abschlussdokument der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, der Aktionsagenda von Addis Abeba (AAAA), weitere Maßnahmen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsagenda formuliert. Die Aktionsagenda behandelt in sieben Kapiteln die Themenfelder heimische öffentliche Mittel, heimische und internationale Privatwirtschaft und Finanzen, internationale Entwicklungszusammenarbeit, internationaler Handel als Motor für Entwicklung, Verschuldung und Schuldenragfähigkeit, systemische Fragen sowie Wissenschaft, Technologie, Innovation und Kapazitätsaufbau.

Im Schlussteil der Aktionsagenda von Addis vereinbarten die Regierungen, ein Forum für Entwicklungsfinanzierung unter dem Dach des

UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) einzurichten. Das neue Forum on Financing for Development Follow-up (FfD Forum) soll jährlich die Verwirklichung der Beschlüsse von Addis und der Umsetzungsziele der 2030-Agenda überprüfen. Die Ergebnisse sollen in die Tagungen des HLPF eingebracht werden. Das HLPF ist das zentrale Nachhaltigkeitsgremium der UN im Umsetzungsprozess der 2030-Agenda und der SDGs. Während vorgesehen ist, dort in jedem Jahr nur einen Teil der SDGs zu überprüfen, steht die Umsetzung von Ziel 17 jährlich auf der Tagesordnung.¹

Das Forum on Financing for Development Follow-up

Das FfD-Forum tagte zum ersten Mal vom 18. bis 20. April 2016 in New York. Zu seinem Programm gehörte neben Diskussionsforen zu den o.g. Themen der Aktionsagenda von Addis Abeba auch ein Treffen mit den Bretton Woods-Institutionen, der Welt handelsorganisation (WTO) und der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD). Bei der konstituierenden Tagung des Forums war die Agenda bestimmt von den Diskussionen über die Abläufe und die Rolle des Forums. Die Verhandlungen der Regierungsvertreter/innen über das Abschlussdokument gestalteten sich als schwierig. Weil über die Interpretation bestimmter Beschlüsse von Addis Abeba keine Einigkeit erzielt werden konnte, umfasste es am Ende lediglich vier Absätze: Die Regierungen versichern sich wechselseitig ihres guten Willens, erinnern in sehr allgemeinen Worten an die Ergebnisse von Addis Abeba, loben den Bericht der Inter-Agency Task Force on Financing for Development und beschließen, mit den Vorbereitungen zum nächsten FfD-Forum 2017 eher zu beginnen.²

Die beteiligten Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich in der CSO Financing for Development Group zusammengeschlossen haben, werteten das erste FfD-Forum als verpasste Gelegenheit:

„We firmly believe that this process can play a pivotal role in removing many of the structural barriers to the socio-economic transformation [...] to unlock the necessary means of implementation to realize the aspirations exposed by the 2030 Agenda for Sustainable Development.

[...] However, this inaugural Forum and the actual time allocated to its preparations did not live up to such an ambitious set of aspirations. Not only it did not meet its potential usefulness, but it was a missed opportunity to move the implementation of FfD agreements forward. Insufficient time was devoted to envisioning and organizing the follow-up process, including, and with special emphasis on, the necessary articulation of a medium term plan of work for the coming years.”³

Größere inhaltliche Aufmerksamkeit als das FfD-Forum selbst zog der Bericht der ebenfalls in Addis Abeba eingerichteten Inter-Agency Task Force on Financing for Development (IATF) auf sich.⁴ Auch wenn der Bericht in seiner Pilotausgabe die Ergebnisse von Addis Abeba eher aufgreift und vertieft als über ihre Umsetzung zu berichten, so enthält er doch interessante Ansätze dazu, wie in Zukunft über die komplexen Inhalte der FfD-Agenda und die Mittel zur Umsetzung der SDGs gemeinsam berichtet werden könnte.

Die Arbeiten am IATF-Bericht für 2017 haben bereits im Sommer 2016 begonnen. So haben die Mitgliedsorganisationen der IATF bis Juli mehr als 25 sog. *Issue Briefs* zu den Themen der Addis-Agenda vorgelegt. Sie bilden die inhaltliche Grundlage für den Bericht 2017.⁵ Die Themen reichen dabei von Infrastruktur bis hin zu globaler makroökonomischer und finanzieller Stabilität. Unklar ist allerdings, wie über die Autorenschaft der *Issue Briefs* entschieden wurde, da zu bestimmten Themen verschiedene Organisationen in Frage gekommen wären. Auffällig ist die Dominanz der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), die bei zehn Themen die Federführung hatten, darunter Infrastrukturfinanzierung, heimische Ressourcenmobilisierung, Förderung eines günstigen Investitionsklimas und Bewältigung der Schuldenkrise. Auch ist über die inhaltliche Abstimmung zwischen den Organisationen sowie über die Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft noch wenig bekannt.

Technology Facilitation Mechanism

Ein weiteres konkretes Ergebnis der Addis Abeba-Konferenz war die Einrichtung eines Gremiums zum Austausch von Technologien, des sog. Technology

1 Vgl. Martens, Jens (2016): Das Nachhaltigkeitsforum der UN 2016 – Erstes globales Treffen zur Umsetzung von 2030-Agenda und SDGs. GPF-Briefing August 2016. Bonn (www.2030agenda.de/de/publication/das-nachhaltigkeitsforum-der-un-2016).

2 Die Diskussionen und Ergebnisse des FfD-Forums 2016 können nachgelesen werden in United Nations (2016).

3 CSO FfD Group (2016): CSO FfD Group's Statement in Response to inaugural Forum on FfD Follow-up. New York. <https://csoforffd.files.wordpress.com/2016/05/cso-ffd-group-response-to-inaugural-ffd-forum-3-may-20161.pdf>

4 Vgl. Inter-Agency Task Force on Financing for Development (2016). Der Task Force gehören mehr als 50 Organisationen und Büros aus dem UN-System an.

5 Vgl. www.un.org/esa/ffd/ffd-follow-up/inter-agency-task-force.html.

Facilitation Mechanism (TFM).⁶ Der TFM besteht aus drei Bausteinen:

- » einem Interagency Task Team (IATT), dem Expert/innen aus verschiedenen Sonderorganisationen und Programmen der UN sowie weiteren internationalen Organisationen angehören;
- » einem jährlich zusammentretenden Multi-Akteurs-Forum (Multi-stakeholder Forum on Science, Technology and Innovation for the Sustainable Development Goals, STI Forum);⁷
- » einer Online-Plattform, die über Möglichkeiten zum Technologie-Austausch informiert.⁸

Während letztere noch im Aufbau begriffen ist, hat das Multi-Akteurs-Forum am 6. und 7. Juni 2016 zum ersten Mal getagt. An dem Treffen nahmen mehr als 600 Personen, darunter Vertreter/innen aus 81 UN-Mitgliedsstaaten sowie 350 Wissenschaftler/innen und weitere Fachleute, teil. Ziel des Forums ist es, technologische Unterstützung für die Verwirklichung der 2030-Agenda zu mobilisieren. Dabei wurde bei dem Forum die Notwendigkeit betont, technologischen Fortschritt „inklusiv“ zu gestalten; d.h. sicherzustellen, dass alle an ihm teilhaben können und nicht neue Gräben – wie die sog. *digital divide* – aufgerissen werden, und sich globale Ungleichheiten und die Benachteiligung marginalisierter Gruppen (indigene Bevölkerungen, Menschen mit Behinderungen, etc.) noch vergrößern. Die offizielle Zusammenfassung der Ergebnisse des Forums spricht davon, dass Technologien nachfrageorientiert entwickelt werden müssten, und nicht technische Lösungen sozialen Problemen übergestülpt werden sollten.⁹

Für weitere Treffen des STI-Forums schlagen die Ko-Fazilitatoren vor, die Gespräche noch stärker auf konkrete Projekte hin auszurichten, u.a. auf die Schaffung neuer bzw. die Stärkung bestehender Multi-Akteurs-Partnerschaften, an denen auch der Privatsektor zu beteiligen sei. Außerdem sei es nötig, noch stärker dafür zu werben, dass mehr Wissenschaftler/innen, Akteure der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft an dem Forum teilnahmen.

Die Ausgestaltung des Forums als Multi-Stakeholder-Veranstaltung hat dabei schon Kritik von

zivilgesellschaftlicher Seite hervorgerufen. So bemängelt Neth Daño von der ETC Group und Mitglied eines offiziellen zehnköpfigen Beratergremiums für den TFM die Tatsache, dass diese Zusammensetzung des Forums dazu führe, dass die Rechte bspw. Indigener Völker auf eine Stufe gestellt würden mit den Interessen von Wirtschaftsunternehmen.¹⁰

High-level Political Forum

Das Forum, in dem die Berichte aller relevanten Gremien über die Umsetzung der 2030-Agenda zusammenlaufen, ist das seit 2013 jährlich stattfindende High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF). Seine primäre Aufgabe ist es, die Umsetzung der 2030-Agenda auf nationaler und internationaler Ebene zu überwachen. Das HLPF dient dem Erfahrungsaustausch über Strategien zur Umsetzung der 2030-Agenda, der kritischen Analyse von Hindernissen und Rückschritten bei der Verwirklichung der SDGs und der Präsentation freiwilliger nationaler Umsetzungsberichte, der *Voluntary National Reviews*. 2016 haben Regierungen aus 22 Ländern, darunter auch Deutschland, solche Berichte vorgestellt. Daneben wurden in Diskussionsrunden und Side-events verschiedene Themen der 2030-Agenda von Vertreter/innen von Regierungen, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert.¹¹

2016 standen unter dem Motto „Leave no one behind“ auch Themen rund um die *means of implementation* auf der Tagesordnung. So widmete sich ein halber Tag des offiziellen Programms den diversen Multi-Akteurs-Initiativen. Weitere Programmpunkte befassten sich mit den Umsetzungsmitteln auf nationaler Ebene und der Förderung geeigneter Rahmenbedingungen zur Verwirklichung der SDGs.

Auch der Bericht der Bundesregierung an das HLPF befasst sich mit den Mitteln zur Umsetzung der SDGs. Dabei orientiert er sich an der mittlerweile weit verbreiteten Systematik, jedes Ziel unter Berücksichtigung dreier Gesichtspunkt zu betrachten:

„[E]rstens in Bezug auf Umsetzung und Wirkungen in Deutschland, zweitens in Bezug auf Auswirkungen in anderen Ländern und auf globale öffentliche Güter – also das globale Gemeinwohl – und drittens in Bezug auf die Unterstützung anderer – also unsere internationale Zusammenarbeit.“¹²

6 Vgl. <https://sustainabledevelopment.un.org/tfm>.

7 Vgl. <https://sustainabledevelopment.un.org/TFM/STIForum>.

8 <https://sustainabledevelopment.un.org/TFM/OnlinePlatform>.

9 Vgl. http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=E/HLPF/2016/6&Lang=E.

10 Vgl. Daño, Neth (2016): Multi-stakeholder STI Mechanisms at the UN: Fad or Trap? In: Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2016), S. 127f.

11 Für Näheres vgl. Martens (2016).

12 Bundesregierung (2016), S. 3.

Was die Umsetzungsmittel angeht, die die Bundesregierung zur Verfügung stellt, benennt der deutsche HLPF-Bericht in erster Linie bereits bestehende oder in Entwicklung befindliche Initiativen, wie z.B. die Fortschreibung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Gerade hinsichtlich der Unterstützung anderer Länder bleibt der Bericht überwiegend vage und unspezifisch. Zur Umsetzung von SDG 10 (Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern) heißt es beispielsweise lediglich:

„Die Bundesregierung unterstützt Partner u. a. bei der Förderung breitenwirksamen Wachstums, einer progressiven Fiskalpolitik oder beim Aufbau sozialer Sicherungssysteme, um Einkommens- und Vermögensungleichheit zu vermindern.“¹³

Überraschend ist die Aussage, dass sich die Bundesregierung „konstruktiv an den VN-Debatten der vergangenen Jahre zum Thema Staateninsolvenzmechanismus beteiligt“ habe,¹⁴ denn an den betreffenden Verhandlungen einer Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung im Jahr 2015 haben deutsche Vertreter nicht teilgenommen.

Zweifellos gibt es auch einige Fortschritte, über die berichtet wird, etwa im Bereich der Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung. Deutschland unterstützt hier den Aufbau von Verwaltungskapazitäten in Ländern des globalen Südens, z.B. im Rahmen der von ihr mitinitiierten Addis Tax Initiative. Geht es um die Beteiligung der Länder des globalen Südens an globaler Steuerpolitik und die Schaffung eines entsprechenden Gremiums auf UN-Ebene, verhält sich die Bundesregierung dagegen nach wie vor eher ablehnend.

Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit

Die OECD hat am 13. April 2016 die vorläufigen Zahlen für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) der Mitglieder ihres Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC) für 2015 herausgegeben. Demnach ist die ODA insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Prozent gestiegen (wechsellkurs- und inflationsbereinigt). In absoluten Zahlen ist die ODA allerdings von 137,2 Mrd. US-Dollar (2014) auf 131,6 Mrd. US-Dollar (2015) gesunken. Der scheinbare Widerspruch hat seine Ursache im gestiegenen US-Dollar-Kurs.

Die ODA-Quote der OECD-DAC-Mitglieder (der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen) stagniert damit bei 0,3 Prozent.

Hauptgrund für den Anstieg der ODA-Zahlen war die verstärkte Anrechnung der Kosten für Flüchtlinge in den Aufnahmeländern. Die DAC-Regeln erlauben die Anrechnung von Aufwendungen öffentlicher Stellen für den Unterhalt, die Versorgung, medizinische Leistungen und Leistungen für (Grund-)Bildung von Personen aus Entwicklungsländern, die vor Verfolgung, Krieg oder schweren Unruhen fliehen. Anrechenbar sind Aufwendungen in den ersten zwölf Monaten des Aufenthalts. Die angerechneten inländischen Kosten für Flüchtlinge stiegen 2015 OECD-weit von 6,6 auf 12 Mrd. US-Dollar. Sie machten damit 9,1 Prozent der gesamten ODA aus. Rechnet man diese Kosten heraus, ist die ODA real um nur 1,7 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen sogar deutlich gesunken: Ohne die angerechneten Kosten für Flüchtlinge betrug die ODA 2014 130,6 Mrd. US-Dollar. 2015 waren es nur noch 119,6 Mrd. US-Dollar.¹⁵

Auch die von der Bundesregierung an die OECD gemeldete ODA stieg infolge der Flüchtlingskosten erheblich. Sie betrug 2015 17,8 Mrd. US-Dollar gegenüber 16,6 Mrd. US-Dollar 2014 (eine Steigerung der ODA-Quote von 0,42 auf 0,52 Prozent). Als ODA-anrechenbare Ausgaben für Flüchtlinge wurden 2014 noch 171 Mio. US-Dollar veranschlagt, 2015 waren es 2,993 Mrd. US-Dollar. Das entspricht rund einem Sechstel der gesamten deutschen ODA. Dabei wurden in der Meldung für 2015 vor allem die Bereiche Unterkunft und Versorgung (v.a. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie (Grund-)Bildung durch Kitas, Schulen und Sprach-/Integrationskurse berücksichtigt. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die ODA-anrechenbaren Leistungen für Flüchtlinge nicht gleichzusetzen sind mit der Gesamtheit der Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen. Die Zahlen für 2015 beziehen sich auf bereits anerkannte Asylantragsteller/innen. Für das Berichtsjahr 2016 wird Deutschland wie andere OECD-Geberländer auf die Antragssteller/innen und nicht mehr auf die Zahl der anerkannten Anträge abstellen. Nicht berücksichtigt werden dabei Anträge aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern.“¹⁶

Vom 0,7-Ziel bleibt die deutsche ODA auch nach Anrechnung der Kosten für Flüchtlinge weit entfernt, auch wenn der Etat des BMZ 2016 um 893 Millionen Euro auf 7,407 Mrd. Euro aufgestockt wurde. Dies ist nach Angabe des BMZ der höchste Zuwachs seit Gründung des Ministeriums. 2017 sollen die Mittel des BMZ in geringerem Umfang (um ca. 580 Mio. Euro auf 7,99 Mrd.) steigen, nach 2017 allerdings stagnieren bzw. sogar leicht fallen.¹⁷

¹³ Bundesregierung (2016), S. 37.

¹⁴ Ebd., S. 53.

¹⁵ Vgl. www.oecd.org/dac/stats/ODA-2015-detailed-summary.pdf.

¹⁶ Vgl. BMZ (2016): Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages. Anlage zu BMF-Vorlage 29/16 vom 6. April 2016. Berlin.

¹⁷ Vgl. www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2016/juli/160706_pm_065_Bundesminister-Mueller-Haushalt-2017-ist-eine-Investition-in-unsere-Zukunft/index.jsp.

Insgesamt sind nach Ansicht vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen die avisierten Maßnahmen bislang nicht ausreichend, um die internationalen Verpflichtungen, die sich für Deutschland aus der 2030-Agenda ergeben, zu erfüllen.¹⁸ Dies gilt sowohl für die Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Kasten) als auch für die Schaffung von Kohärenz zwischen Sozial- und Umweltpolitik einerseits und handelspolitischen Großprojekten wie TTIP, CETA oder TiSA andererseits.

Wie es weitergeht ...

Die Überprüfung der Umsetzung der 2030-Agenda und der Aktionsagenda von Addis Abeba kommt gerade erst in Gang. Auch wenn es noch großen Verbesserungsbedarf und viele offene Fragen be-

züglich der Verfahren, der zu diskutierenden Inhalte und der Rolle der beteiligten Akteure gibt, so bleibt das Potential der diversen Foren unbestritten. Die Überprüfung der Beschlüsse von 2015 konnte 2016 noch nicht mit tatsächlichen Ergebnissen aufwarten. Den ersten wirklichen Test werden die Foren des Jahres 2017 ermöglichen, wenn zum einen abschließend über die Indikatoren zur Überprüfung der 2030-Agenda entschieden worden ist, und zum anderen die Statistiken erste Aussagen über tatsächliche Veränderungen seit Verabschiedung der 2030-Agenda zulassen. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Mittel, die zu ihrer Umsetzung bis dahin von den Regierungen bereitgestellt wurden.

Wolfgang Obenland ist Programmkoordinator des Global Policy Forums

18 Vgl. dazu Forum Menschenrechte/Forum Umwelt und Entwicklung/ Global Policy Forum/Open Knowledge Foundation/terre des hommes/ VENRO (Hrsg.) (2016).

Weitere Informationen

Bundesregierung (2016): Bericht der Bundesregierung zum High-Level Political Forum on Sustainable Development 2016. Berlin.

www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/HLPF-Bericht_final_DE.pdf

Forum Menschenrechte/Forum Umwelt und Entwicklung/Global Policy Forum/Open Knowledge

Foundation/terre des hommes/VENRO (Hrsg.) (2016): Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2016 – Noch lange nicht nachhaltig. Berlin/Bonn/Osnabrück.

www.2030report.de

Inter-Agency Task Force on Financing for Development (2016): Addis Ababa Action Agenda – Monitoring commitments and actions. Inaugural Report 2016. New York.

www.un.org/esa/ffd/publications/inaugural-2016-iatf-report.html

Obenland, Wolfgang (2015): Der Weg ist das Ziel - Die Ergebnisse der 3. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung und die Mittel zur Umsetzung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung. Bonn.

www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Der_Weg_ist_das_Ziel_-_web.pdf

Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development (2016): Spotlight on Sustainable Development 2016. Beirut/Bonn/Montevideo/New York/Penang/Suva: DAWN/Third World Network/Social Watch/GPF/ANND.

www.2030spotlight.org

United Nations (2016): Implementing the Addis Ababa Action Agenda – The 2016 Inaugural ECOSOC Forum on Financing for Development Follow-up. New York.

www.un.org/esa/ffd/publications/ffd_forum_publication_2016.html/

Websites

Global Policy Watch

<https://www.globalpolicywatch.org/>

Website des Global Policy Forums zur 2030-Agenda (deutsch)

<https://www.2030agenda.de>

Website des Technology Facilitation Mechanism

<https://sustainabledevelopment.un.org/tfm>

Website der UN zum Financing for Development-Prozess (inkl. FfD Forum)

<http://www.un.org/esa/ffd/index.html>

Website der Zivilgesellschaftsallianz zu Financing for Development

<https://csoforffd.org>

Impressum

Mühsamer Start

Die Mittel zur Umsetzung der 2030-Agenda auf dem Prüfstand

Herausgeber

Global Policy Forum Europe e.V.

Königstraße 37a

53115 Bonn

Tel. 0228 96 50 510

europe@globalpolicy.org

www.globalpolicy.org

Kontakt: Jens Martens

Autor: Wolfgang Obenland

Redaktion: Jens Martens

Gestaltung: www.kalinski.media

Bonn, September 2016

Dieses Briefing ist Teil des Projekts „2030.de“ des Global Policy Forums Europe, gefördert von der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie von Engagement Global im Auftrag des BMZ



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Global Policy Forum Europe e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen wieder.